

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Verleger: Otto Kahlke, Berlin-Steglitz.

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zutuf in Fischen: stark gefüllter Markt

Kabeljau 0,23-0,30	Seelachs 0,20 bis 0,25	1,00-1,40	Zander 1,00-1,10
0,30-0,40	Schellfisch 0,30-0,40	0,90-0,95	Lachs 1,50-2,00
0,40-0,45	Flusskarp 0,30-0,40	0,90-1,00	Hechte 1,50-2,00
0,20-0,30	grüne Herings 0,30-0,40	0,80-1,00	Schleie 1,50-2,00
Salzheringe 3 Stück 0,50	in Bier Hechte	Butter 1,20-1,40	Eier Stück 0,08-0,13

Freie zurückgehend

1,00-1,40 Zander 1,00-1,10
0,90-0,95 Lachs 1,50-2,00
0,90-1,00 Hechte 1,50-2,00
0,80-1,00 Schleie 1,50-2,00
Butter 1,20-1,40 Eier Stück 0,08-0,13

Druck und Verlag: Rudolf Kahlke, Berlin.
Tel. 015, answ. u. Zon. u. Zeit. Tel. 9. d. Wort Berlin 0,05
Tel. 015, answ. u. Zon. u. Zeit. Tel. 9. d. Wort Berlin 0,05
Postk. 0,03 F. u. Ost. 0,05 Nr. 10. Seewitz, Frankfurt a. M.
Aust. 0,10, Tschech. u. Ung. 0,10 Dischinger, New York, 17
Friedl. 0,05, Pers. u. Ost. 0,10 Ital. 10. Kumpel, Grossh. 17
Aust. 0,25, Tschech. u. Ung. 0,20 Russl. 35-41, Ver. Staat. 125-225

Das Kabinett Painlevé noch nicht fertig

Heute noch wichtige Besprechungen mit Caillaux und Briand
Kombinationen über die Zusammensetzung des Kabinetts

Paris, 16. April.

Nach den Mittagsblättern scheint die Bildung des Kabinetts Painlevé noch auf große Schwierigkeiten zu stoßen. Jedenfalls ist bis heute mitting noch kein Portefeuille verteilt. Painlevé hat den größten Teil des Vormittags ausgesetzt und erst gegen Mittag seine Besprechungen wieder aufgenommen. „Paris Midy“ teilt mit, daß er noch eine wichtige Unterredung mit Briand und Caillaux haben wird, von deren Ausgang die Bildung des Kabinetts abhängen wird.

Die angebliche Ministerliste

In zahlreichen Blättern wird bereits eine Liste über die voraussichtliche Zusammensetzung des Kabinetts veröffentlicht. Danach würde das Ministerium etwa folgendermaßen aussehen: Ministerpräsident und eventuell Unterrichtsminister: Painlevé; Außenminister: Briand; Finanzminister: Caillaux; Justizminister: de Monzie oder Renoult; Innenminister: Chaumet; Kriegsminister: General Collet; Marineminister: Chaumet; Handelsminister: Naval oder Douhaire; Kolonialminister: Etien; Landwirtschaftsminister: Durand; Postminister: Arctier; Minister für die besetzten Gebiete: Delbes; Minister für die öffentlichen Arbeiten: Viollette.

Painlevés nächtliche Besprechungen

Paris, 16. April. (M. T. S.)

Etzt um 8 Uhr morgens war die Konferenz beendet. Die Kammerpräsident Painlevé mit Briand, Caillaux, Monzie, Naval und Senator de Monzie abhielt. Als Briand das Gebäude des Kammerpräsidenten verließ, erklärte er, es sei noch nichts Endgültiges entschieden. Caillaux feinerseits amortierte ausweichend und erklärte: Wir haben uns hauptsächlich mit der Finanzlage beschäftigt, das ist eine sehr schwierige Angelegenheit. Auf die Frage, ob er Painlevé heute wieder besuchen werde, antwortete er: Wahrscheinlich! Man erweiterte auf die

Frage, ob man ihm einen Ministerposten angeboten habe: Ja wohl, aber ich habe ihn abgelehnt. Ich bin bereit in den Reihen meiner Partei bleiben will. De Monzie erklärte, er habe abgelehnt Vertrauen zum Ausgang der Verhandlungen, die Painlevé führt.

Die „Ere Nouvelle“ über Painlevés Kabinettsbildung

Die radikal-sozialistische „Ere Nouvelle“ schreibt über die sich anbahnende Lösung der Ministerfrage: „Unter Appell ist von den beiden Staatsmännern gehört worden, an die wir und gefahren. Painlevé hat sich an Joseph Caillaux gewandt, der in Namers war. Die beiden werden sich zweifellos mit Unterstützung Briands an die undankbare und harte Aufgabe der Rettung und Erneuerung machen. Sicherlich werden die Besprechungen nicht ohne Zusammenstoße abgehen. Caillaux wird sich jeder Kapitalabgabe widerunantfähigen Dogma zu erheben versuchen. Er wird also auf die Opposition der dem Einfluß nicht von Präsidenten des republikanischen Bundes und Sozialisten, appliziert, hat er seinen ebedemigen Wunsch begründet, unter der Regide des Kartells die Wahlen republikanische hinzu zu bewerkstelligen. Er entspricht somit dem etatlichen Wunsch der öffentlichen Arbeit, die der Partei und Fraktionstätigkeiten müde ist und Resultaten verlangt, die nur durch eine ergiebige Arbeit erreicht werden.“

Banderbeides Kabinettsversuch gescheitert

(Melbung der Funktion Rudolf Kahlke-Voss.)

Brüssel, 16. April.

Die Verhandlungen Banderbeides mit den Liberalen und Katholiken über die Unterführung einer rein sozialistischen Regierung sind erfolglos verlaufen. Die Köstlich Banderbeides, ein rein sozialistisches Kabinett zu bilden, ist daher als gescheitert zu betrachten.

Beamte, wählt Marg!

Ein Aufruf der demokratischen Beamten

Der Geschäftsausschuß der Deutschen Demokratischen Beamten richtet folgenden Aufruf an die deutsche Beamtenschaft:

„Der Wahltag am 26. April ist auch für die deutsche Beamtenschaft von größter Bedeutung. Es geht um die Frage Volkshaar oder Berufsbeamtentum.“

Die das Berufsbeamtentum auszeichnenden Eigenschaften, Treue und Pflichtgefühl, fordert der Volkshaar als fremdwillige Einordnung in den Dienst am Volke, der Obrigkeit als gehorame Befehlsbefolgung. Der Beamte muß sich am Wahltag entscheiden, ob er mit dem Reichsbeamtentum Hindenburg die Wiederkehr des alten befehlsgemäßen Volkshaar und Klassenkaates will oder mit dem Volkshaar Hindenburg die Befreiung und den Ausbau des Volkshaars, der freien Bürger und somit auch den Beamten alle Staatsbürgerlichen Rechte verleiht.“

Der deutsche Staat kann nur gedeihen, wenn er das Vertrauen des Auslandes gewinnt und das Volk im Innern in Ruhe an der Geltung des Staates arbeiten kann. Ordnung und Sicherheit im Staate aber geben allein dem Beamten die Sicherheit seines Amtes.

Hindenburg bedeutet: Mißtrauen des Auslandes, Verwahrung der früher herrschenden Geistes, Verhinderung des Kapitalis, Unruhe im Innern.

Marg aber heißt: Vertrauen im Ausland durch Fortsetzung der bisherigen demokratischen Politik der Verständigung, Gleichberechtigung aller Staatsbürger und stetige Aufwärtsentwicklung im demokratisch-sozialen Sinne.

Beamte, kämpft für die soziale Republik; gebt jede Stimme unserem Präsidialkandidaten Marg.“

Schwuhige Bundesgenossen

Die ernüchterte Bayerische Volkspartei

München, 16. April.

Die Bemühungen des Reichstages, sich durch Einbeziehung der Nationalsozialistischen Partei zu erweitern, rufen das lebhafteste Mißbehagen der Bayerischen Volkspartei hervor. Der „Bayerische Courier“ erteilt dem Reichstod heute folgende scharfe Mißfuhr: „Rein Tag vergeht, an dem nicht die völkische und nationalsozialistische Breche die vaterländischen Empfindungen der Bayerischen Volkspartei und ihrer Wähler in der schwuhigen Form angriff. Kein völkisches Blatt erhebt, das nicht den vaterländischen Willen des Bundesauschusses der Bayerischen Volkspartei die unerschütterlichen Motive unterdrückt. Eine Gemeindefahrt mit dieser Art von „nationalen“ Politikern, wie sie die völkischen und Nationalsozialisten darstellen, eine Gemeindefahrt mit den Ge-

finnungsgenossen derer, die im „nationalen“ Interesse Putsch veranlassen und Landeserrat nach der Weise des Münchener „Volkstodes“ treiben, lehnt daher die Wählererschaft der Bayerischen Volkspartei in ihrer überwältigenden Mehrheit ab. Wenn der Reichstod dieser Artlage ungenötigt dennoch auf Erweiterung seiner Organisation durch Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Gruppen hinget, so wird er sich über die schwerwiegenden Folgen solcher Versuche nicht wundern dürfen.“

Billing-Bändler als Einbrecher

Weimar, 16. April.

Ein politischer Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zum 15. April in Erfurt verübt, indem aus dem Polizeipräsidium eine Anzahl Akten über politische Organisationen entnommen wurden. Als Täter wurden inoffiziell ermittelt die beiden Angehörigen des Billinger-Bundes, Bangschilde Bartholome und Handlungsgehilfe Raubin aus Erfurt. Obgleich nach der Meldung eines deutschen Nationalen Wirtes aus Erfurt bei der Hausdurchsuchung bei Raubin eine Anzahl Waffen und militärische Ausrüstungsstücke vorgefunden wurden, sollen die beiden Verdächtigten vom Untersuchungsrichter alsbald nach ihrer Einlieferung und Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt worden sein. Wäre der Untersuchungsrichter bei einem Angehörigen einer anderen politischen Richtung ebenso rücksichtslos gewesen?

Abbau der Republikaner

Weimar, 16. April.

Großes Aufsehen erregt in Eisenach die plötzlich erfolgte Beurlaubung des dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Deutschen demokratischen Partei angehörigen dortigen Oberstaatskammerrats Dr. Elling. Vielst sind Gründe, daß er Mitglied der genannten Organisationen ist, in der Öffentlichkeit gegen ihn ausgespielt werden. Man nimmt an, daß Dr. Elling nicht wieder auf seinen Eisenacher Posten zurückkehren wird.

Doelle schwer erkrankt

Der Gesundheitszustand des früheren Reichspostministers Dr. Doelle hat sich während der Untersuchungszeit so bedauerlich verschlechtert, daß ernste Befürchtungen um sein Leben bestehen. Doelle ist am Sonntag von den Ärzten der Charité auf seine Hoffabrigkeit untersucht worden. Er ist schwer erkrankt, daß er, wie wir erfahren, gehen mit den Sterbefaktoren nicht versehen worden ist.

Schnelldienst

Der Bruder des bayerischen Ministerpräsidenten wird in dem möglich gehalten. In Hamburg wurde der deutsche Arbeiter für die Auslieferung für folgende Verhältnisse durch den amtierenden Bürgermeister Dr. Schramm eröffnet.

Sozialer Frieden - Reichspräsidentenwahl

In einem Berliner deutschnational-deutschvolksparteilichen Blatt hat der Schriftleiter des Sonderheftes wieder einmal die Feder zu einem seiner „berühmten“ über die halbe Breite der Seite reichenden Artikel stumpf geschrieben und die ausgetreten „Wege zum sozialen Frieden“ mit „neuen“ Steinen zu pflastern versucht. Aber es ist ihm wie all denen, denen sie sich auf einen anderen Anlauf an Projekten wagten, denen sie innerlich fremd und ablehnend gegenüberstehen. Er hat alle Maßstäbe für die neuen Wege gemessen.

Die Reichspräsidentenwahl verlangt gebieterisch, sich um die Stimmen der „Arbeitnehmer“ zu kümmern, ihnen zu zeigen, daß für sie etwas getan werden muß. Da die deutschnationalen-deutschvolksparteilichen Genossenfreunde der Judutriebe die Arbeit und Volksgemeinschaft in den breiten Massen der Bevölkerung durch die rauhe, brutale Zeit ihres wirtlichen Anfalls zerhaut haben, muß ein nicht mehr neues Defozationsstadium aus dem schwerwiegenden Arsenal hervorgebracht werden: „die kapitalistische Beteiligung der Arbeiter“. Sehr richtig heißt es, „daß die Beteiligung der Arbeiter durch Aktienbesitz immer dann eine Rolle gespielt hat, wenn die sozialen Gegensätze scharf aufeinander gepreßt sind.“ Da liegt der Grund begraben. Nicht aus der inneren Überzeugung heraus, den arbeitenden Massen um seiner selbst willen zum Arbeitsbürger zu machen, wird die Beteiligung des Arbeiters vorgeföhrt, sondern weil ein bestimmter Zweck erreicht werden soll. Erinnert das nicht an ähnliche politische Vorgänge vor dem Zustandekommen von 1918? Die „Arbeitnehmer“ lassen sich so leicht nicht mehr kaufen. Diese Versuchsbalken gehen von den gleichen Kreisen aus, die sich vor 1918 allen Erweiterungen der Volksrechte gegenüber hohligartig erwieben, bis die Wellen über sie zusammenföhren; es sind die gleichen Kreise, die 1918 das Novemberabkommen mit den Gemertschaffen abgeschlossen und es fallbüßig preisgaben, und es nicht mehr brauchen; die gleichen Kreise, die während des westlichen Väterlandes dauernd von Volksgemeinschaft und Gleichberechtigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern triffen und beim Abbruch ihre wahre innere Gesinnung offenbaren. Wo ist die Gruppe der Arbeiteraktie gegeben! Wo haben vielleicht ehlich gemeinte Versuche von Wirtenschaftlichen, die soziale Frage einer Lösung entgegenzuführen, wie sie z. B. Kautskier empfahlen und von Unternehmerverbänden in diesen Veranlassungen vortragen hat, irgend einen praktischen nachhaltigen Erfolg gehabt! Es ist nicht der geringste Versuch gemacht, sie zu verwirklichen, weil die innere Gesinnungsbeziehung zu wirtlich demokratischer Gestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern fehlt. Die Versuche einzelner sozialgerichteter Persönlichkeiten, z. B. Fries und Abbes, sind nur ein vollständiger Beweis für die Nichtigkeit der Auffassung, daß nur machtvoller Zusammenstoß der Arbeitnehmer selbst die starre, unbeeugliche Herrschaft der Industrie zu brechen vermag und daß ein kraftvolles, wahres demokratisches Staatswesen mit einem wirtlich demokratisch gesinnten Oberhaupt die Wege zu einem „neuen sozialen Frieden“ zu ebnen in der Lage ist. Von diesem Gesichtspunkte aus werden sich die Arbeitnehmer am 26. April bei Abgabe ihres Stimmzettels leiten lassen.

Doel sitzt Hindenburg

Der 80jährige an den 78jährigen

Wilhelm Doel, der sozialdemokratische Alterspräsident der beiden letzten Reichstage, wird demnächst 80 Jahre alt. Er hat an den ungefähr gleichaltrigen Hindenburg einen offenen Brief gerichtet, in dem es heißt:

„Obgleich ich noch ein Jahrzehnt älter bin als Sie, stehe ich doch noch stark und aufrecht in meinen Steifen, trotz aller Stürme, die aber mich dahingegen finden. Und wenn ich mich in Generalstabform stellen würde, so würde ich bei meinem Gewandhe, gewisslich eine keltische militärische Figur machen. Aber wäre ich bestab in großer Feldherr?“

Die keltische militärische Figur allein mögt jedoch ungenügend, noch seinen großen Politiker, gibt noch nicht die Begründung zum Reichspräsidenten. Zur politischen Führung gehören neben dem politischen Wissen und Können, wie zur militärischen Führung militärisches Wissen und Können notwendig sind. Es waren Ihre Leben lang Soldat, haben sich einen militärischen Namen

